

Schwarzwälder Tageszeitung

Aus den "Tannen"

Wochen-Ausgabe für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Das gesetzl. erteilte Postfach-Nachrichten-Wort ohne Gewähr. Kabaki nach Tarif, der jedoch bei gesetzl. Einreich. od. Konduiten hinw. nicht. Erscheinungsort: Altensteig, Gerichtsbezirk Nagold. Verkaufspreis: Die einseitige Seite über deren Raum 28 Pf., die Reklamenseite 48 Pf. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.20 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge Kriegsgewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung. Postfach-Nachrichten-Stattd. 5788 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Altensteig, Samstag den 15. Oktober 1932 55. Jahrgang

Preußen-Prozess auf Montag verlagert

Dr. Gottheiner gab folgende Erklärung ab: Der Herr Reichskanzler hat mich telegraphisch beauftragt, auf die von dem Herrn Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes an mich als Vertreter der Reichsregierung gerichteten Fragen zu erklären: Verhandlungen oder Vereinbarungen mit den Nationalsozialisten sind weder von mir persönlich noch in meinem Auftrag durch Mittelspersonen erfolgt und zwar auch nicht vor meinem Amtsantritt als Reichskanzler.

Dr. Gottheiner fügte hinzu, darüber hinaus lege der Reichskanzler Wert auf die Feststellung, daß er sich nach seinem Amtsantritt sehr ernsthaft bemüht habe, alsbald durch Verhandlungen mit den preussischen Landtagsfraktionen eine Regierungsbildung in Preußen, insbesondere durch Einmütigkeit auf Zentrum und Nationalsozialisten, herbeizuführen. Der Reichskanzler nehme dabei insbesondere Bezug auf seinen Brief vom 6. Juli 1932 an den Landtagspräsidenten Kertl.

Zu Beginn der Freitag-Vormittags-Sitzung antwortete Professor Karl Schmidt namens des Reiches auf die Ausführungen von Geheimrat Anshütz, der eine Prüfung forderte, ob nicht eine Ermessungsüberstreichung vorliege. Schmidt stellt sich auf den Standpunkt, daß Ermächtigung und Ermessen bei der Diktatur in außerordentlicher Weise zusammenhängen. Die Frage, ob eine reichsrechtlich begründete Gewalt landesrechtlichen Charakter gewinnen könne, erledige sich durch den Hinweis auf die Tatsache, daß der Reichskanzler durch Wahlakt des preussischen Landtages auch preussischer Ministerpräsident werden könne. Bei einem Belagerungszustand werde die Landesgewalt vollständig an die Hand gedrückt. Das Reichskommissariat sei demgegenüber als ein Weniger an Härte zu betrachten.

Dr. Brecht erwiderte hierauf: Die Landesregierung sei auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 weder auf Dauer noch auf Zeit abzuhängen. Nur eine Ausschöpfung der Landesregierung ist möglich durch Übertragung der vollziehenden Gewalt. Der Reichskommissar kann Instruktionen an die Vertreter Preußens oder eines anderen Landes im Reichsrat nicht erteilen. Die Minister Preußens können im Reichsrat nur einseitlich die Stimmen des Landes Preußen abgeben. In staatsrechtlichen Ausführungen erläuterte Professor Hammitz den Standpunkt der Klageparteien des Reiches. Dann lehnt Ministerialdirektor Dr. Fiedt für die badische Regierung die von Professor Schmidt vorgetragene Auffassung des Reiches ab. Baden halte daran fest, daß der Reichskommissar niemals Landesregierung im Sinne der Landesverfassung sein könne. Nach badischer Auffassung müsse der Reichskommissar mit den leitenden Staatsministern zusammenarbeiten und nur in den etwaigen Fällen von Meinungsverschiedenheiten, in denen es sich um Angelegenheiten handelt, für die speziell der Reichskommissar eingesetzt ist, gebe der Wille der Reichskommissars vor. Professor Peters spricht für die Zentrumsfraktion von solchen Schritten in den Ausführungen des Professors Schmidt.

Zwei Erklärungen des Reichsvertreters

Ministerialdirektor Dr. Gottheiner gab namens der Reichsregierung zwei Erklärungen ab. Die erste bezieht sich auf die Behauptung aus den Reihen der preussischen Vertretung, daß zu der Severing-Außerung „Jagen wir die Reichsregierung am 31. Juli davon“ in der Pressestelle ein Reichsvertreter erklärt habe, die Regierung sei im Wahlkampf gefallen. Gottheiner erklärt, in der Pressekonferenz habe nicht ein Vertreter der Reichsregierung, sondern ein Vertreter der preussischen Pressestelle die erwähnte Äußerung getan.

Ministerialdirektor Dr. Gottheiner wandte sich dann den Fragen zu über die Dauer der kommissarischen Regierung in Preußen und die eventuell einzuleitenden oder bereits eingeleiteten Schritte. Er gab dazu folgende Erklärung ab: „Die Reichsregierung wünscht ein möglichst rasches Zustandekommen einer handlungsfähigen preussischen Staatsregierung, um das Reichskommissariat dann aufheben zu können. Im preussischen Landtag muß eine Mehrheit sich finden, die die Bildung einer handlungsfähigen Regierung ermöglicht. Der Herr Reichskommissar wird wie bisher auf diese Regierungsbildung hinwirken. Die einzelnen Maßnahmen nach dieser Richtung hängen von der Entwicklung der politischen Lage insbesondere nach der Reichstagswahl ab. Sie lassen sich im einzelnen heute von niemandem klar übersehen.“

In der Nachmittags-Sitzung betonte Dr. Brecht, daß die Absetzung von Braun und Severing nach Meinung der preussischen Vertretung ebenso eine Überstreichung der absoluten Befugnisgrenzen aus Artikel 48 sei wie die Behandlung der übrigen preussischen Staatsminister. Eingehend wandte er sich gegen die Abiegung von mehr als 90 Beamten durch den Reichskommissar.

Es folgte die Aussprache über die für das Verfahren sehr wesentliche Frage der gerichtlichen Nachprüfbarkeit der Maßnahmen, die durch Artikel 48 eingeleitet wurden.

Entgegen den Erwartungen kam man im Leipziger Prozeß am Freitagabend noch nicht zum Abschluß, namentlich weil der Vertreter Preußens, Dr. Brecht, erklärte, nicht auf das Bildener verzichten zu können. Die Verhandlungen wurden deshalb auf Montag verlagert.

Deutschland lehnt Genf ab

Französisches Communiqué über die englisch-französischen Verhandlungen

Paris, 14. Okt. Das französische Außenministerium veröffentlicht folgendes Communiqué:

Gestern und heute hat in London, Downingstreet 10, ein Meinungsaustausch zwischen M. Rondonal, Sir John Simon und Herriot über den englischen Vorschlag auf Einberufung einer Zusammenkunft stattgefunden, an der Frankreich und Großbritannien mit Deutschland und Italien teilnehmen würden, um die Schwierigkeit zu beenden, die sich gegenwärtig in Genf zeigt. Die französischen und englischen Minister haben sich dahin geeinigt, daß die Zusammenkunft die beiden genannten vier Mächte umfassen müßte und daß Genf der geeignete Versammlungsort wäre. Die englische Regierung hat insofern die Zustimmung der beiden anderen an diesem Vorschlag interessierten Regierungen erbeten. Die Zusammenkunft würde einen offiziellen und präliminären Charakter haben. Ihr Zweck wäre, die Mittel zu suchen und vorzuschlagen, um in wirksamer Weise das von der Abrüstungskonferenz im Rahmen des Völkerbundes unternommene gemeinsame Werk wieder aufzunehmen.

Eine Erklärung Herriots

London, 14. Okt. Ministerpräsident Herriot erklärte: Ich hatte keinerlei Schwierigkeit, völlige Vereinbarung mit meinen englischen Freunden zu erzielen. Frankreich hat sich bereit erklärt, an einer Konferenz mit Italien und Deutschland teilzunehmen und die Engländer haben zugestimmt, daß die Konferenz in Genf innerhalb des Rahmens des Völkerbundes stattfinden soll und daß die Konferenz im Charakter präliminär sein soll. Leider hat allein Italien die von Sir John Simon nach Rom und Berlin telegraphierte Einladung angenommen. Deutschland hat es abgelehnt, teilzunehmen. Was ich jedoch ausgezeichnet finde, ist daß es möglich ist, Dinge mit auch Engländern zu erörtern, ohne daß irgend eine der beiden Seiten verärgert wird.

Die Antworten auf die Londoner Konferenzformel

London, 14. Okt. Der englische Außenminister hat auf Grund der Verhandlungen mit Herriot schon gestern eine Anfrage über die Einberufung der geplanten Viermächte-Konferenz nach Genf an die deutsche und die italienische Regierung

gerichtet. Die Antworten beider Regierungen liegen bereits vor. Während sich die italienische Regierung mit Genf einverstanden erklärt, hat der deutsche Außenminister mitteilen lassen, daß Deutschland einer Berlegung der Konferenz nach Genf nicht zustimmen könne.

Berlin, 14. Okt. Nach dem Londoner Communiqué kann die Viermächte-Konferenz als gesichert angesehen werden. Die Stellungnahme Deutschlands zur Konferenz selbst ist bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht. Allerdings muß für Deutschland die Frage eine Rolle spielen, wo diese Konferenz zusammenzutreten soll. Wenn Deutschland zugemutet werden sollte, an dieser Konferenz nach Genf zu kommen, dann müssen zunächst die bekannten deutschen Bedingungen geklärt werden und vorher eine Regelung der Gleichberechtigungserfolge, sonst würde die Gefahr bestehen, daß man Deutschland auf dem Wege einer Viermächte-Konferenz in Genf sozusagen durch eine Hintertür wieder zur Abrüstungskonferenz zurückbringt, ohne daß die Gleichberechtigungserfolge geklärt sei. Deutschland ist selbstverständlich gern bereit, auch über einen anderen Ort als London mit sich reden zu lassen mit der Einschränkung, daß hinsichtlich Genf die genannten Voraussetzungen erfüllt werden, die selbstverständlich auch sinngemäß für die nähere Nachbarschaft von Genf gelten.

In London Hoffnung auf Zustandekommen der Viermächtekonferenz

London, 15. Oktober. Wie Reuter am Freitag in später Nachtstunde meldet, sei man in britischen Kreisen nach wie vor optimistisch im Hinblick auf die Möglichkeit des Zustandekommens der Viermächtekonferenz trotz der Ablehnung Genfs als Verhandlungsort durch Deutschland.

Französischer Vorstoß gegen die deutsche Schutzpolizei

Genf, 14. Okt. In dem Ausschuss für die Herabsetzung und Begrenzung der Heresherden hielt der französische Delegierte Massigli die von der französischen Presse angekündigte Rede, in der er sich hauptsächlich mit der deutschen Schutzpolizei beschäftigte. Die Sitzung war nichtöffentlich. Aus Kreisen des Ausschusses verlautet, daß Massigli etwa folgendes ausgeführt habe: Er bedauere, daß es ihm durch die Abwesenheit Deutschlands von der Abrüstungskonferenz nicht möglich sei, seine Ausführungen vor deutschen Vertretern zu machen. Er wolle hier keine Gerüchte weitergeben, sondern Dinge vortragen, die jedermann bekannt seien. Massigli legte eine Reihe von deutschen Broschüren vor, die Photographien über angebliche Märsche der deutschen Schutzpolizei in verschiedenen Teilen des Reiches enthielten. Er behauptete, daß die Betätigung der Schutzpolizei den Verträgen widerspreche. Massigli führte u. a. an, daß die Schutzpolizei Maschinenwaffen habe und leitete aus seinen Darlegungen die Forderung ab, daß man bei der Berechnung der Effektivitäten, die bekanntlich auf der Grundlage der Verhältnisse bei den abgerüsteten Staaten erfolgen soll, außer der Reichswehr auch die Polizeikräfte hinzurechnen müsse. Massigli führte im übrigen noch aus, daß die Schutzpolizei offiziell 140 000 Mann umfasse. Es könne aber niemand beweisen, ob diese Zahl auch wirklich stimme.

Ganzjähriger Zeppelin-Südamerikaverkehr

Hamburg, 14. Okt. Wie die Hamburg-Amerika-Linie mittels, hat das Luftschiff „Graf Zeppelin“ seine Ozeanüberquerung in der Nacht zum Donnerstag beendet und ist bereits um 8 Uhr früh zur Weiterfahrt von Pernambuco nach Rio de Janeiro aufgestellt, wo es am Freitag in den frühen Morgenstunden eintraf. Dr. Edener hat seinen dreiwöchigen Aufenthalt in Rio de Janeiro dazu benutzt, um den regelmäßigen ganzjährigen Zeppelin-Verkehr vorzubereiten. Eine weitere Reise nach Südamerika, die ursprünglich noch nicht vorgezogen war, wird am 24. Oktober in Friedrichshafen angetreten werden. Dies ist die letzte diesjährige Südamerikafahrt des Luftschiffes.

Der „Daubmann-Schwindel“

Der „Joller“ schreibt zu dem Fall: Monatelang hat Hummel eine Heldenschwindel betrieben, sich ehren und feiern lassen. Er hat mit der Erzählung von schrecklichen Erlebnissen in französischer Gefangenschaft und mit etwas nationaler Phrasen so zu täuschen verstanden, daß für ihn sogar die Diplomatie in Bewegung gesetzt wurde und ein Notenwechsel zwischen Deutschland und Frankreich erfolgte. Auch wir in Hohenzollern gehören zu denen, die sich von dem Schneider Hummel aus Offenburg beschwindeln ließen. Der Heimkehrer hatte von sich behauptet, daß er beim Reserveregiment 111 gewesen und von dort aus in Gefangenschaft gekommen sei. Es war große Mode geworden, diesen Heimkehrer bei allen Militärvereinen und Kriegervereinsveranstaltungen zu zeigen. Den Hechingern wurde er anlässlich des Hohenzollerischen Kriegerbundestages präsentiert. Der Zug, mit dem er kam, wurde Tage vorher öffentlich bekannt gemacht. Bei seiner Ankunft in Hechingen wurde ihm, wie ein Chronist verzeichnete, am unteren Turm ein hübscher Blumenstrauß mit einem Angebinde in Gestalt einer Bregel mit den Worten „Dem Bregelesbus von seinem Kollegen“ überreicht. Bei der großen Parade vor der Toreinfahrt zur Villa Eugenie stand der „Heimkehrer“ zur Rechten des Generals und im Museumsaal wurde er in Reden als ein großer Held gefeiert und als das Beispiel von deutscher Treue, deutschen Heldentum hingestellt. Es wurde gesammelt für ihn und aufgefördert, fest in die Tische zu greifen. Tief gerührt war man, als aus hohem Munde von den großen Strapazen, Entbehrungen und Leiden erzählt worden ist, die dem Heimkehrer Daubmann (Schneider Hummel aus Offenburg) widerfahren sind. Wer Zweifel in die Echtheit der Erlebnisse Daubmanns setzte, wurde schief angesehen und mangelhafter vaterländischer Gesinnung bezichtigt. Eine vaterländische Verlagsanstalt in Berlin hat vor kurzem angekündigt, daß in aller nächster Zeit ein sensationelles Buch: „Daubmanns Erlebnisse in französischer Gefangenschaft“ erscheinen würde. Buchhändler haben hierin eine willkommene Gelegenheit, ihr Geschäft zu beleben und forderten zur Vorausbestellung dieses Dokumentes der furchtbaren Anklage gegen die Greuel der französischen Militärjustiz“ auf. Das Buch wird nicht mehr erscheinen, nachdem Hummel seinem Ruf als Heimkehrer die Bezeichnung eines großen Schwändlers und Gauners hat beifügen müssen. Der Schuster von Köpenick hat einen Bürgermeister und eine kleine Abteilung Soldaten zum Besten gehalten. Der Schuster ist von einem Schneider übertrumpft worden. Letzterer hat Massen zum Besten gehalten, hohe und sehr hohe Herren...

Fahrtkartenfälscher auf dem Frankfurter Hauptbahnhof verhaftet

Frankfurt a. M., 14. Okt. Auf dem Frankfurter Hauptbahnhof wurde der frühere Schriftsetzer und jetzige Finanzvertreter Johannes C., in der Fiedlerstraße in Kassel wohnhaft, beim Verlassen des Zuges verhaftet. In seinen Taschen fand man eine Anzahl Fahrtkarten, die auf verschiedene, zumeist größere Strecken lauteten und unbenutzt waren. Bei einem sofort vorgenommenen Verhör nannte der Verhaftete den Namen eines „Geschäftsfreundes“, der ebenfalls in Frankfurt festgenommen werden konnte. Diesem Geschäftsfreund wollte der Fälscher Fälschrücke überbringen. Bei einer Hausdurchsuchung in der Kasserer Wohnung des Verhafteten konnte eine vorzüglich eingerichtete Fälschwerkstatt vorgefunden werden. Satzspesen, wie sie von der Reichsbahn verwendet werden, eine Schneidpresse und alle druckereitechnischen Ausrüstungen waren vorhanden, außerdem eine Menge bereits bedruckter Fahrtkarten und Karten, die sich in nichts von denen der Reichsbahn unterscheiden. Damit konnte ein raffiniertes Fahrtkartenfälschwerkzeug geschaffen werden, das seine Tätigkeit etwa zwei Jahre lang ausgeübt hat. Die Karten waren so vorzüglich angefertigt, daß sie selbst von erfahrenen Eisenbahnbeamten als echt anerkannt wurden. Die Fälschungen lauteten fast immer über eine größere Strecke. Beim Steigen des Zuges in Kassel wurde eine Bahnsteigkarte benutzt. Die Fahrt wurde dann vor der angegebenen Endstation abgebrochen, so daß die Fälschungen immer in den Händen des Betrügers blieben und eine Kontrolle von der Endstation ausgeschlossen war. Der Fälscher hat auch Karten an ihm vertrauenswürdig erscheinende Personen abgegeben.

Die Finanzhilfe für Oesterreich

Genf, 14. Okt. Der Völkerbundsrat hat sich erneut mit der Finanzlage Oesterreichs, Ungarns, Bulgariens und Griechenlands beschäftigt. Was Oesterreich angeht, so wurde von dem Berichtserstatter an die in Lausanne für Oesterreich in Aussicht genommene und im Völkerbundsrat gebilligte internationale Finanzhilfe erinnert. Die Vertreter Frankreichs und Englands erklärten sich nochmals bereit an dieser Aktion mitzuwirken. Der deutsche Vertreter, Graf Adler von Rosenburg, erinnerte an die Haltung, die der deutsche Ratsvorsitzende in der Frage des österreichischen Projekts seinerzeit eingenommen hat, und erklärte, daß dieselben Gründe, die damals den deutschen Vertreter zu seiner Stellungnahme veranlaßt hätten, auch heute noch maßgebend seien. Wenn er sich an der Abstimmung über diesen Punkt nicht beteilige, der Rat billigte die vom Finanzkomitee über Oesterreich und die anderen Länder vorgelegten Beschlüsse.

Neues vom Tage

Die Neufassung des nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramms

München, 14. Oktober. In einer geschlossenen nationalsozialistischen Versammlung sprach gestern Abend Gottfried Feder über das neugefaßte nationalsozialistische Arbeitsbeschaffungsprogramm. Grundforderungen des Programms seien direkte Arbeitsbeschaffung für 2 Millionen Menschen aufgrund von Auftragserteilung für staatliche Investitionen im Ausmaß von 5 Milliarden Mark, Verstaatlichung des gesamten Geld- und Kreditwesens, Um- und Umgestaltung der gesamten Wirtschaft durch Zentralisierung aller privaten und öffentlichen Schulverhältnisse, „Brechung der Finanznechtheit“, Verringerung des Staatsdefizits durch Sanierung der öffentlichen Finanzen, staatliche Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft, Wiederaufbau des Haus- und Grundbesitzes und schließlich nationale Verkehrswirtschaft und Neuregelung der Tarife.

„Graf Zeppelin“ auf der Heimreise

Friedrichshafen, 14. Oktober. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ befindet sich im Augenblick auf der Rückfahrt von Rio de Janeiro nach Pernambuco.

Berliner Kabinettsberatungen

Berlin, 14. Okt. Das Kabinett hielt am Freitag nachmittags eine längere Sitzung über wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen. Im Anschluß daran empfing der Reichspräsident den Reichsfiskus zum Vortrag.

25 Prozent Kartoffelmehlverwendungsersatz für Weizen- und Roggenmehl

Berlin, 14. Okt. Mit Rücksicht auf die gute Kartoffelernte dieses Jahres hat der Reichsernährungsminister durch eine im Reichsanzeiger erscheinende Verordnung den Hundertsatz des ab 16. Oktober 1932 für ein Jahr zu verwendenden Kartoffelmehls auf 25 v. H. der in den Betrieben verwendeten Mehl- und Roggenmehls festgesetzt. Die Strafverordnungen für Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung sind veröffentlicht worden.

Gaulls Reiseprogramm in Bayern

München, 14. Okt. Reichsinnenminister von Gaull wird auf seiner Reise durch die bayerische Ostmark von dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held und dem bayerischen Innenminister Dr. Stübel begleitet sein. Die Reise führt quer durch den Bayerischen Wald von Hof bis Passau und erstreckt sich über drei Tage, nämlich den Montag, Dienstag und Mittwoch der kommenden Woche.

Schießerei zwischen Nationalsozialisten und Stahlhelm Hamburg, 14. Okt. In der vergangenen Nacht kam es zwischen Nationalsozialisten, die von einer Besammlung heimkehrten, und Angehörigen des Stahlhelms zu Zusammenstößen. Hierbei fielen mehrere Revolverwunden. Zwei Stahlhelmsangehörige, der Korporalkapitän a. D. Pauckenstein und der Wächter Heinz Woll, wurden durch Messerstiche schwer verletzt. Ein dritter Angehöriger des Stahlhelms erlitt eine leichtere Rückenwunde. Ein Nationalsozialist wurde festgenommen.

Wirbelsturm an der Bergstraße

Weinheim (Bergstraße), 14. Okt. Ueber das benachbarte Dorf Laudenbach raste am Donnerstagabend ein verheerender Orkan, der über 150 Häuser des Dorfes vollständig abdeckte. Etwa 200 Obstbäume wurden entwurzelt. Der Sachschaden ist bedeutend. Verletzte gab es nicht.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 15. Oktober 1932.

Amthliches. Ernann: wurde der Seminaroberlehrer Kubach in Ragold zum Studentrat der Gruppe 4 b.

Änderung der Landjägerordnung. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Durch eine Verordnung des Staatsministeriums im Regierungsblatt ist die im Jahre 1925 erlassene Landjägerordnung in mehreren Punkten geändert worden. Die Änderungen dienen in der Hauptsache der Anpassung der Landjägerordnung an verschiedene seither ergangene Gesetze, Verordnungen und Erlasse. Nach einer neu eingefügten Bestimmung kann der Landjägerkommandeur älteren Landjägers unter gewissen Voraussetzungen die unlängst wieder eingeführte Amtsbezeichnung „Oberlandjäger“ verleihen.

Krisenfürsorge für Forst-, Wald- und Holzarbeiter. Der Präsident des Landesamts für Süddeutschland hat die Arbeiter für Forstwirtschaft und Fischerei, also insbesondere die Forst-, Wald- und Holzarbeiter für die Zeit vom 24. Oktober 1932 bis einschließlich 1. April 1933 zur Krisenfürsorge zugelassen.

Ablösung der Gebäudeeinkommensteuer. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Würt. Staatsministerium hat beschlossen, von der Ermächtigung in der Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zur Änderung der Vorschriften über die Ablösung der Gebäudeeinkommensteuer vom 30. September 1932 (Reichsgesetzl. S. 489) Gebrauch zu machen. Demzufolge kann die Gebäudeeinkommensteuer noch bis zum 31. März 1933 mit dem dreifachen Jahresbetrag abgelöst werden. Neben dem Ablösungsbetrag ist die volle, nach dem 30. September 1932 bis zum Ablösungszeitpunkt fällig gewordene Gebäudeeinkommensteuer zu entrichten, während die Hälfte der für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1932 zu entrichtenden Steuer auf den Ablösungsbetrag angerechnet wird. Die entsprechende Verordnung wird demnächst im Regierungsblatt veröffentlicht werden.

Kö. Ragold, 14. Oktober. (Personelles vom Arbeitsamt Ragold. —) Fahrabdiebstahl. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Arbeitsamtsdirektors ist Dr. Klauzer vom Landesamtsamt für die Dauer dieses Winters beauftragt worden. Assessor Schmidt, der bisher als Amtsverweigerer amtiert, wird, da die Versicherungsabteilung als schwierigste und umfangreichste des Amtes eine in jeder Beziehung durchgebildete und mit den bezirklichen Verhältnissen aufs beste vertraute Fachkraft benötigt, den Kosten eines Versicherungsleiters wiederum übernehmen. Mit der in jedem Frühjahr zwangsläufig zurückgehenden Arbeitslosigkeit wird voraussichtlich eine rückläufige Umstellung in diesen Stellen wiederum stattfinden. — Am gestrigen Karntag wurde vor einem heftigen Geschäftshaus einer Unterschwanderlerin ein Damenrad gestohlen. Ebenso wurde vor einigen Tagen in Altensteig ein Fahrrad entwendet. Am Montag gelang es den hiesigen Landjägern, in der Wandererarbeitstätte einen Wanderer aus Gmünd festzunehmen, der seinem früheren Arbeitgeber in Herrenberg ein Rad gestohlen hatte.

Bezirkskörperschaftsbeamtenverein Ragold

Nach längerer Sommerpause versammelten sich die Körperschaftsbeamten und Ortsvorsteher am Montag, den 10. ds. Monats in der „Runde“ in Ragold zu einer Aussprache über die Lage. Anwesend waren 50 Mitglieder und außerdem als Gäste die Herren Landrat Baitinger und Assessor Dr. Schmidt, stellvert. Vorsitzender des Arbeitsamts Ragold. Auf der Tagesordnung stand die finanzielle Lage der Gemeinden und die neuen Notverordnung. Die glatte Lösung der Bürgersteuertage 1932 durch die Einführung der Wohnsteuer mit einem Kopfsatz von 6 R.M. hat allgemein befriedigt, zumal diese Steuer in den ländlichen Gemeinden etwas mehr erträgt, als die im Vorausanschlag eingestellte Bürgersteuer. Anders in den Städten, die einen Ausfall von einem Drittel und mehr erleiden. Die Bürgersteuer für das Kalenderjahr 1933 wird dann neu erhoben und zwar ähnlich wie diejenige von 1931. Dabei ist der Frauenzuschlag weggelassen und auch sonst sind Erleichterungen vorgesehen, so daß der Ertrag für 1932 gegenüber 1931 um ein Drittel zurückgeht. Aus diesem Grunde und infolge Steigerung der Wohlfahrtskosten werden die meisten Gemeinden genötigt sein, das mehrfache des Landesjahres zu erheben. In Städten mit über 5000 Einwohnern muß die Bürgersteuer im Lohnabzugsverfahren erhoben werden. In den übrigen Gemeinden ist die Art der Erhebung freigestellt. Da im Lohnabzugsverfahren die Bürgersteuer in zwölf Teilbeträgen bis Dezember 1933 zu erheben und abzuführen ist, während sie beim Einzug mit Steuerbescheid zu je ein Viertel in den Monaten Februar bis Mai 1933 fällig wird, empfiehlt es sich, in den Gemeinden unter 5000 Einwohnern vom Steuerbescheidverfahren Gebrauch zu machen und damit von der starken geschäftlichen Belastung der Arbeitgeber und der Kassen abzuheben. Für sämtliche Steuerzahler hätte allerdings der Arbeitgeber im Wege des Pfändungs- und Ueberweisungsverfahrens die Steuer doch abzuführen, da seit der Notverordnung vom 14. Juni 1932 Personalsteuern von jedem Lohnbetrag abziehbar sind, auch wenn er die Pfändungsgrenze nicht erreicht. Für die Einführung der Getränkesteuer kann sich die Versammlung nicht erwärmen, obwohl sie für Gemeinden, die Beiträge aus der Wohlfahrtskasse und dem Ausgleichsfonds bedürfen, vorgeschrieben ist. Die Getränkesteuererhebung ist nicht einfach und dabei ist der Ertrag auf dem Lande geringfügig. Immerhin wird sie nach Lage der Verhältnisse in den meisten Gemeinden auf die Dauer nicht zu umgehen sein. Eingehend behandelt wurde die Notverordnung vom 4. September 1932 über die Belegung der Wirtschaft. Von den Steuergutscheinern erhofft man auch eine Besserung der Kassenlage der Gemeinden, insofern, als zur Erlangung des abprozentigen Steuernachlasses auf Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer die Bezahlung der laufenden und der rückständigen Steuern Voraussetzung ist. Steuernachlässe werden vom Finanzamt erst ausgestellt, wenn die laufenden Steuern entrichtet sind und sie werden vom Finanzamt so lange zurückgehalten, bis auch die rückständigen Steuern bezahlt sind. Der abprozentige Steuernachlaß ist kein geringfügiger Betrag und es sollte jeder Steuerzahler, auch der kleinste, in seinem eigensten wirtschaftlichen Interesse von den Steuernachlässen Gebrauch machen. Wie mitgeteilt wurde, betragen die Steuerlieferungsrückstände der Gemeinden an die Oberamtsstelle für das Rechnungsjahr 1931 noch beinahe 100 000 Mark. Es ist wohl zuzugeben, daß eine Anzahl Gemeinden des Bezirkes durch die Hochwasserkatastrophen in diesem und im letzten Jahre besonders schwer leiden, aber es ist im ganzen ein bedenklicher Zustand, daß Vorraterrückstände an Staatssteuern und Amtsschaden an die Oberamtsstelle in einer solchen Höhe zu einer Zeit vorhanden sind, wo von den neuen Steuern bereits wieder die Hälfte verfallen ist. Von keiner Seite wurde der Ernst der Lage verkannt. Auch Herr Landrat Baitinger forderte in ernten Worten auf, die Rückstände aufzuholen. Neben der schwierigen Lage im Bezirk durch den Zerfall der Waldwirtschaft und den schlechten Geschäftsgang bildet ein Hindernis beim Einzug der Steuern auch der reichsgerichtliche Vollstreckungsbeschluß bei der Landwirtschaft, von dem auch Steuerzahler Gebrauch machen, die es nicht nötig hätten. Wenn in dieser Beziehung keine Forderung und Besserung erfolgt, wird die Finanzlage der Landgemeinden bedrohlich. Ueber das nicht weniger wichtige Kapitel des Arbeitslosenproblems machte Assessor Dr. Schmidt längere wertvolle Ausführungen aus der Praxis und für die Praxis. Er unterstützt alle Bestrebungen, die auf Arbeitsbeschaffung an Stelle von Barunterstützung gehen. Für die Jugendlichen unter 25 Jahren freiwilliger Arbeitsdienst und für die Älteren Kräftearbeiten. Es geht auf dem Lande immer wieder geeignete Arbeiten, die die Gemeinden nicht erheblich belasten und deren Ausführung für sie wertvoll sei. Nachdem Landrat Baitinger zur Durchführung der Winternothilfe in den einzelnen Gemeinden aufgefordert und die Ortsvorsteher gebeten hatte, auf einen zahlreichen Besuch der landwirtschaftlichen Winterschule durch die jungen Landwirte in ihren Gemeinden hinzuwirken, schloß der Vorsitzende, Bürgermeister Maier, mit Dankesworten an die Berichterstatter, besonders an Landrat Baitinger und Assessor Dr. Schmidt die vom Ernst der sichtbaren Zeit getragene Versammlung.

an Staatssteuern und Amtsschaden an die Oberamtsstelle in einer solchen Höhe zu einer Zeit vorhanden sind, wo von den neuen Steuern bereits wieder die Hälfte verfallen ist. Von keiner Seite wurde der Ernst der Lage verkannt. Auch Herr Landrat Baitinger forderte in ernten Worten auf, die Rückstände aufzuholen. Neben der schwierigen Lage im Bezirk durch den Zerfall der Waldwirtschaft und den schlechten Geschäftsgang bildet ein Hindernis beim Einzug der Steuern auch der reichsgerichtliche Vollstreckungsbeschluß bei der Landwirtschaft, von dem auch Steuerzahler Gebrauch machen, die es nicht nötig hätten. Wenn in dieser Beziehung keine Forderung und Besserung erfolgt, wird die Finanzlage der Landgemeinden bedrohlich.

Ueber das nicht weniger wichtige Kapitel des Arbeitslosenproblems machte Assessor Dr. Schmidt längere wertvolle Ausführungen aus der Praxis und für die Praxis. Er unterstützt alle Bestrebungen, die auf Arbeitsbeschaffung an Stelle von Barunterstützung gehen. Für die Jugendlichen unter 25 Jahren freiwilliger Arbeitsdienst und für die Älteren Kräftearbeiten. Es geht auf dem Lande immer wieder geeignete Arbeiten, die die Gemeinden nicht erheblich belasten und deren Ausführung für sie wertvoll sei.

Nachdem Landrat Baitinger zur Durchführung der Winternothilfe in den einzelnen Gemeinden aufgefordert und die Ortsvorsteher gebeten hatte, auf einen zahlreichen Besuch der landwirtschaftlichen Winterschule durch die jungen Landwirte in ihren Gemeinden hinzuwirken, schloß der Vorsitzende, Bürgermeister Maier, mit Dankesworten an die Berichterstatter, besonders an Landrat Baitinger und Assessor Dr. Schmidt die vom Ernst der sichtbaren Zeit getragene Versammlung.

Baitinger, 14. Oktober. (Eh rung.) Für seine langjährigen treuen Dienste als Feuerwehrkommandant erhielt Georg Ziegler von hier das Deutsche Feuerwehr-Ehrenkreuz 2. Klasse verliehen. Da die Leistungen der Feuerwehr in diesem Jahr bereits abgeschlossen sind, benötigte Bürgermeister Bernhardt die letzte Sitzung des Gemeinderats, um Herrn Ziegler in feierlicher Weise das Ehrenzeichen auszubändigen. Er übermittelte dabei auch die Glückwünsche des Deutschen Feuerwehrverbandes und des Würt. Landesfeuerwehrverbandes, brachte ihm aber auch im Namen des Gemeinderats erneut den Dank der Gemeinde für die im Interesse der Allgemeinheit seit vierzig Jahren geleisteten Dienste zum Ausdruck.

Calw, 14. Oktober. In der gestrigen Gemeinderatsitzung wurde über die Höhe der Bürgersteuer für das Jahr 1933 Beschluß gefaßt. Der Vorsitzende führte dazu aus, daß der Gemeinderat eine fünfstufige Bürgersteuer erheben müsse, da die Verhältnisse dazu zwingen, da die Stadt sonst keine Mittel aus den Reichszulüssen erhalten werde. Es müßte sonst die Gemeindefrage im nächsten Jahr, da die Sperre für die Höhe der Umlage falle, ganz bedeutend erhöht werden. Auch andere Gründe sprechen für die Befolgung der Notverordnung. Der Wegfall an Einkommensteuer betrage 15 Prozent mehr als seither gleich 3000 Mark, an Umsatzsteuer 20 Prozent mehr gleich 6000 Mark, an Bürgersteuer 30 Prozent mehr gleich 2-4000 Mark. Auch sei keine Hoffnung auf einen Zuschuß aus dem Ausgleichsstock vorhanden, von dem man 18 000 Mark erhofft habe. Beiträge zur Wohlfahrtskasse erhalten nur noch die Gemeinden, die eine fünfstufige Bürgersteuer erheben. Wer unter 500 Mark Einkommen hat, ist frei von der Bürgersteuer. Bei einem Einkommen von 2-4000 Mark werden künftig 25 Mark Bürgersteuer erhoben. Bei einem höheren Einkommen erhöhen sich die Sätze. — Der Ausschuh der Wohlfahrtsvereine hat eine Eingabe wegen einer Herbizidbeschaffungsbeihilfe eingereicht. Die Erwerblosen verlangen eine Herbizidbeihilfe in der Höhe von 50 Mark für Frau und Kinder besonders je 10 Mark, ferner 2 Ar. Brennholz und 10 Jtr. Beifetz für die Familie und 5 Jtr. Kartoffel. Auch sollen sofort drei Erwerblose sich und Stille im Fürsorgeausfluß haben. Statt der Eröffnung der Kostlöcher solle den Bedürftigen Geld gegeben werden. Außerdem wurde noch eine Senkung der Gehälter der städtischen Beamten angesetzt, wonach der Höchstgehalt 3500 Mark betragen sollte. Gegen diese Eingabe wandte sich scharf der Vorsitzende und alle Redner außer dem kommunistischen und die Eingabe wurde mit allen gegen eine kommunistische Stimme abgelehnt. — Ein hiesiger Geschäftsmann hatte sich seinerzeit vom Betrieb seines Geschäftes ein Betriebsmittel angekaufte unter Bürgschaft der Stadt. Diese erhielt Rückendeckung durch die Bürgschaft von 49 Geschäftsleuten, die sich je mit 300 Mark verbürgten. Da wegen der Verhältnisse das Kapital nicht ganz zurückbezahlt werden konnte, sollen nun die Bürgen je 150 Mark bezahlen; außerdem würde die Stadt einen kleinen Teil des Verlustes leiden. Die selbige Angelegenheit ist nun um ein Vierteljahr hinausgeschoben worden; einige Bürgen weigern sich aber zu einer Zahlung und fordern andere Maßnahmen.

Calw, 12. Oktober. Das Bürgermeisteramt sieht sich genötigt, einem merkwürdigen Geschäftsgehären öffentlich entgegenzutreten, von dem man in der letzten Zeit in der Gegend hört. Daran sollen Handelsvertreter von Margarinegesellschaften den buttererzeugenden Landwirten empfohlen haben, Margarine zu kaufen, sie mit Butter zu vermengen und die Mischung als Landbutter abzugeben. Falls die Nachricht zutreffend sein sollte, ersucht das Bürgermeisteramt, die in Frage kommenden Handelsvertreter zu nennen, damit diese als Anstifter zu Betrag und Lebensmittelfälschungen zur Rechenschaft gezogen werden können. Es liege durchaus im Interesse der Gesamtwirtschaft, daß der gute Ruf ihrer Erzeugnisse nicht durch gewissenlose Händler und Landwirte verdoeben werde. — Das Oberamt tritt einem andern Mißstand entgegen, der hohe Brandschäden herbeiführen kann. Vorkommnisse der letzten Zeit haben nämlich gezeigt, daß bei elektrischen Anlagen, besonders bei Kraftanlagen für landwirtschaftliche Maschinen, häufig gefällte Sicherungen verwendet werden, das heißt der der Sicherung dienende keine Schmelzdraht wird durch Einsetzen von anderem Draht, von Stanzblei, Nägeln oder sonstigen Metallstücken ersetzt. Solche gefällten Sicherungen bieten für das Gebäude keinen Schutz mehr und bilden eine erhebliche Brandgefahr. Sie sind nach den Bestimmungen der Feuerpolizeiordnung verboten und strafbar. Die Besitzer elektrischer Anlagen werden aufgefordert, gefällte Sicherungen künftig nicht mehr einzulegen zu, wo solche bisher in Verwendung sind, sie unverzüglich zu entfernen und durch vorsichtsmäßige Sicherungen, die in allen Elektro-Installationsgeschäften zu haben sind, zu ersetzen. Die Landjäger sind angewiesen, bei der bevorstehenden polizeilichen Nachschau der Wehrräte und bei sonstiger Gelegenheit Stichproben in dieser Richtung vorzunehmen. Zuwiderhandlungen werden streng bestraft werden.

Calw, 14. Oktober. (Ein Stahlhelm-Heim.) Das Wehrsportkorps IV des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, umfasst die Gruppen Calw, Hirsau, Bad Liebenzell, wehte gestern, unter Anwesenheit des stellvert. Landesführers, Major a. D. Wertel-Stuttgart, sein neues Heim — es ist das dritte, seit der Stahlhelm in Calw Fuß gefaßt hat — ein. Im großen Arbeitsraum des alten Gebäudes der ehemaligen Zigarenfabrik untergebracht ist es ein geradezu ideales Soldatenheim, das in seinem schlanken Kompagniestabcharakter für die Zwecke des Stahlhelms hervorragend geeignet ist. Verbunden war die Einweihung des Heims mit der Verpflichtung von 38 aktiven und 5 inaktiven Stahlhelmkameraden. Aus kleinen Anfängen heraus hat sich der Stahlhelm im Bezirk zu einer achtunggebietenden Wehrsportformation emporgearbeitet. Das stetige Wachstum machte wiederholt einen Heimwechsel notwendig. Dem Wehrsportkorps IV

ist der ehrenvolle Befehl erteilt worden, am Sonntag zu einer Schwabenschießer-Stahlhelmführertagung in Schramberg, an der auch die Berliner Bundesleitung teilnimmt, einen Wehrsport-Musikzug zu stellen.

Dietersweiler, 14. Oktober. (Abschied.) Heute verläßt Oberlehrer Baumann die Gemeinde, um eine Lehrstelle an der evang. Volksschule in Möhrigen auf den Fildern zu übernehmen. Elf Jahre lang hat er hier eine erfolgreiche Lehrtätigkeit entfaltet und sich allgemeiner Wertschätzung erfreut. Nicht nur als Schulpflichter, sondern auch als Leiter der Arbeitsgemeinschaft Dorfnest hat er sich große Verdienste um das Schulwesen erworben.

Baiersbrunn, 15. Okt. Die Goldene Hochzeit können am Sonntag die Ehegatten Johannes Günter und Sofie geb. Rothfuß in Oberal-Wiedenbronnen feiern. Nicht allein den Jünglingsverein, sondern auch die altpietistische Gemeinschaft, welche seit dreißig Jahren besteht, hat Günter begründet.

Oberal, 14. Oktober. (Oberal bekommt eine Kirche in Holzbau System Schmelzle.) Am letzten Montagmorgen wurde der erste Spatenstich zum Kirchenbau Oberal getan. Das zu erbauende Kirchlein, zu dem großer Opferinn ein gut Teil der Baukosten ersammelt, wird bald von der Höhe grünen, denn die Bauherrschafft, die evang. Kirchengemeinde Baiersbrunn hat sich entschlossen, nach dem Bauentwurf von Professor Sentler-Stuttgart, in der Holzkonstruktion nach dem bewährten System Schmelzle, der einheimischen Firma Ernst Schmelzle-Mittelal, zu bauen. So darf sich Oberal, welches unter den ungünstigsten Verhältnissen jahrelang in kleinem Raum Gottesdienst gehalten werden mußte, freuen, in kurzem eine mit heimischem Material und Arbeitskräften erstellte, schöne und wetterfeste Kirche zu besitzen.

Sulz a. N., 14. Oktober. Gestern morgen wurde der erste Spatenstich zum Baude neuen Gemeindehauses getan.

Oberndorf, D. A. Herrenberg, 13. Oktober. (Rathauseinbruch.) Nachdem in den letzten Nächten die Rathäuser von Postringen, Wendelsheim und Breitenholz durch Einbrüche heimgejagt wurden, ist nun auch im hiesigen Rathaus in der letzten Nacht auf erschwerter Weise eingebrochen worden. Obwohl sämtliche Türen und Fenster verschlossen waren, wurden dieselben gewaltsam geöffnet. Es wurden sämtliche Kassenträume durchwühlt und im Kassentraum der Gemeindepflege der Kassenschrank geöffnet. Den Dieben ist jedoch nur ein kleinerer Geldbetrag in die Hände gefallen.

Schramberg, 14. Oktober. (Ein tödlicher Verkehrsunfall.) Gestern nachmittags nach 2 Uhr fuhr der 34 Jahre alte verheiratete Altmaterialienhändler Benno Kappenmacher, bisher in Sulz und seit 1. Oktober in Hagerloch wohnhaft, mit seinem Einspurauto die Oberndorfer Straße abwärts. Bei der Kurve am Rathaus stieß er auf einen Bulldoggenschlepper mit Anhänger einer hiesigen Firma und wurde aus seinem Fahrzeug unter den schweren Lasten geschleudert. Dabei erlitt Kappenmacher sehr schwere Kopf- und innere Verletzungen und wurde sofort in das hiesige Krankenhaus verbracht. Nachmittags gegen fünf Uhr ist der Verunglückte seinen schweren Verletzungen erlegen.

Stuttgart, 14. Okt. (Kommunistische Zellen in der Lehrerschaft.) In der württembergischen Lehrerschaft macht sich nach einer Mitteilung der „Württ. Lehrzeitung“ seit einiger Zeit eine „Interessengemeinschaft oppositioneller Lehrer“ durch Rundbriefe bemerkbar. In vorläufig getarnter Sprache wird da Forderung getrieben, zum Streit aufgefordert und auch sonstiges dem kommunistischen Gedankengut Entnommene verbreitet. Tatsächlich handelt es sich hier auch um den Versuch einer kommunistischen Zellenbildung innerhalb der Lehrerschaft.

Baihingen a. d. F., 14. Okt. (Erschossen aufgefunden.) In einer Bauhütte wurde ein 57 Jahre alter Lustjäger, wohnhaft in der Volkseisenbahn Reutte, erschossen aufgefunden. Wirtschaftliche Sorgen und längere Krankheit dürften ihn in den Tod getrieben haben.

Beihingen D. A. Ludwigsburg, 14. Okt. (Mit dem Kopf in den Redar.) Die am Rechen des Kraftwerks Alt-Württemberg in Weidelsheim aus dem Redar gezogenen Leichen wurden als die der Witwe Luise Strohmaier von hier und ihres Kostkinds festgestellt. Verschiedene Gründe dürften die Frau, die von der Gemeinde unterstützt wurde und nicht unter besonders drückenden wirtschaftlichen Sorgen zu leiden hatte, zu ihrem Schritt bewegt haben. In der Hauptfrage war es wohl eine Gemütsdepression, die man darauf zurückführt, daß die Mutter des Kindes seit nahezu einem Jahr kein Kostgeld mehr bezahlte.

Neuhäusen D. A. Urach, 14. Okt. (Zwei Häuser abgebrannt.) Abends brach in der Scheune des Bernhard Weible Feuer aus, das rasch um sich griff und das gesamte Anwesen in kurzer Zeit in Schutt und Asche legte. Auch das angebaute Wohnhaus wurde ein Raub der Flammen.

Besten D. A. Ellwangen, 14. Okt. (Tödl. Verunglück.) Ein Mädchen aus der Nachbargemeinde Lauchheim lud das 8jährige Töchterchen des Maurers Gregor Maier ein, mit ihr auf einem Leiterwägelchen zu fahren. Bei der laufenden Fahrt bergab, kippte das Wägelchen um, wobei die Katharina Maier herausgeschleudert wurde, daß sie nach wenigen Stunden an der erlittenen Gehirnerschütterung starb.

Bom Nies, 14. Okt. (Bonder Transmissionsföhl.) In Runningen geriet der verheiratete Landwirt Christian Füllschle beim Futtereinscheiden in die Transmissionsföhl und wurde so schwer verletzt, daß er starb.

Reinhart, 14. Okt. (28 Hundertmarktliche eingekohlt.) Einem hiesigen Viehhändler wurde aus einem Weisengut, an dem allerdings nicht verschlossen war, aus einer Weisengut, die darin aufbewahrt war, der Betrag von 2800 RM. gestohlen. Der Täter muß offenbar mit den örtlichen Verhältnissen gut vertraut gewesen sein; denn er kletterte zum Fenster herein, verschloß dann die Zimmertüre von innen und nahm den Schlüssel ebenfalls mit.

Ein Raubmord?

Wendlingen D. A. Tutlingen, 14. Okt. Die ledige Fabrikarbeiterin Therese Mattes, Tochter des Zimmermanns Ferdinand Mattes, wurde am Donnerstag abend als Leiche gefunden. Das Mädchen ging am Dienstag mit ansehnlichem Betrage zum Einkaufen und wurde seither vermißt. Gestern nachmittag wurde hier durch Ortschelle bekannt gemacht, daß Therese Mattes zu Hause fehle, und wer über ihren Verbleib Bescheid wisse, möge es anzeigen. Umweit des Dorfes oben auf der Höhe — Hildele — stießen vor Einbruch der Nacht Spaziergänger auf die Leiche. Die Entfesselung lag auf der Wiese am Rand des Waldes. Blutspuren an der Fundstelle und Kopfverletzungen weisen auf Ermordung hin.

Aus Baden

Freiburg, 13. Oktober. (Einbrüche.) Nachts wurden in einem Häuserblock der Kaiserstraße verschiedene Geschäfte von einer Diebesbande heimgejagt. In einem Seidenhaus erbeuteten die Gauner 300 Mark, in der Wirtschaft „Zum großen Regenerhof“ und im Restaurant „Rahnenberg“ weitere Geldbeträge, insgesamt 670 Mark und Briefmarken im Werte von 40 Mark. Von den Tätern fehlt noch jede Spur.

Schluchsee, 13. Oktober. Die Arbeiten an der Schluchsee-Kaumauer finden allmählich ihren Abschluß. In den nächsten Tagen wird der letzte Beton eingegossen. Die verschiedenen Ergänzungsarbeiten hofft man bis zum Ende des Jahres zum Abschluß bringen zu können. Damit wäre der Bau des Schluchseewerkes, der etwa vier Jahre dauerte, beendet.

Württembergischer Landtag

Die politische Aussprache

Staatsrat, 14. Okt. Im Landtag wurde Freitag nachmittags die Aussprache über die württ. Notverordnungen fortgesetzt.

Kultusminister Dr. Basille machte zunächst staatsrechtliche Ausführungen über die Frage, ob der Landtag beauftragt ist, Vorschläge an den württ. Notverordnungen vorzunehmen. Er nahm dabei Bezug auf den 10. Antrag, wonach die Notverordnung über die Hinausschiebung des 8. Schuljahres außer Kraft gesetzt werden soll. Der Minister betonte dabei, daß der Landtag nicht beauftragt ist, Vorschläge der Notverordnungen des Staatsministeriums vorzunehmen und daß etwaige Beschlüsse des Landtags in dieser Hinsicht ungültig sind. Es gibt drei Arten von Notverordnungen in Württemberg, die eine sind, um die es sich hier handelt, ist eingeführt durch die Notverordnungen des Reichspräsidenten. Er hat das Recht, das ihm nach Art. 42 Abs. 2 der Reichsverfassung zusteht, zu einem Teil den Landesregierungen delegiert. Darnach sind die Landesregierungen ermächtigt, im Bezirksamte vorzuschreiben, daß und in welcher Weise persönliche und sonstige Ausgaben von ihrer Aufsicht unterstehenden Körperlichkeiten des öffentlichen Rechts herabgesetzt werden. Sie können dabei von dem bestehenden Landesrecht abweichen. Der Reichspräsident schaltet in seinen Notverordnungen mit voller Absicht den Landtag aus und bestimmt, daß die Landesregierungen diese Befugnis haben. Der Landtag, vom Reichspräsidenten ausgeschaltet, kann sich nicht selbst wieder einschalten, solange die Notverordnungen des Reichspräsidenten nicht außer Wirkung getreten sind. Das Reichsrecht geht auch der württ. Landesverfassung vor. Gegen die Notverordnungen der württ. Regierung gibt es nur Klage vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich mit der Begründung, daß die württ. Notverordnungen der Reichsverfassung widersprechen. Der Landtag kann nur beschließen, die Regierung zu ersuchen, ihre Verordnung zu ändern, aber er kann diese Änderung nicht selbst vornehmen.

Abg. Hilsenbed (R.) verteilte die Ansicht, daß es den Parteien gar nicht ernst sei mit dem Kampf gegen die Notverordnungen.

Abg. Müller (L.D.) meinte, der Staat könne noch mehr sparen, auch bei den Personalkosten, man sollte prüfen, ob die Zahl der Beamten nicht zu groß sei. Für das Pensionsrecht kleiner Ersparnisse sollte das 8. Schuljahr nicht abgelehnt werden.

Abg. Dr. Jonathan Schmid (M.S.) verlangte die Wiederaufhebung der Notverordnungen und wandte sich insbesondere gegen die Fleischsteuer. Der Landtag könne sehr wohl die württ. Notverordnungen aufheben, seine Partei sei auch gewillt, an den Staatsgerichtshof zu gehen.

Abg. Dr. Wider (D.R.) bezeichnete den Generalantritt auf die Regierung als Wahlmänner. Die 13jährige Mißwirtschaft im Reich sei die Ursache der heutigen Finanznot in Württemberg. Die jetzige Landtagssession sei unnütz und hinausgeworfenes Geld. Die Regierung befinde sich einfach in einer Zwangslage und habe die Pflicht, den Staatsapparat aufrecht zu erhalten. Für die Durchführung des 8. Schuljahres fehle jetzt das Geld. Wenn die Nationalsozialisten jetzt den Kampf gegen die Deutschnationalen aufnehmen, so sei das ein Beweis ihres schlechten Gewissens. Man müsse auch in Württemberg bald die Kraft finden, eine Regierung zu bilden, die eine Redebühne hinter sich habe.

Abg. Joh. Fischer (Dem.) stimmte der Forderung auf Aufhebung der Schlachtsteuer nicht zu. Das 8. Schuljahr könne in dieser Zeit nicht diktatorisch durchgeführt werden.

Abg. Karl Reim (R.) bezeichnete das Gaudium, das die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten im Landtag hier vorführten als sehr ergötzlich. Seine Partei führe den Kampf gegen eine verfluchte Gesellschaftsordnung.

Abg. Keil (S.) verteilte die Auffassung, daß die württ. Notverordnung durch die Reichsnotverordnung nicht abgedeckt sei. Es handle sich hier um einen Mißbrauch der Notverordnungsrechte. Werde der 10. Gesetzentwurf angenommen, so müsse ihn die Regierung verkünden, falls sie nicht eine Volksabstimmung herbeiführen wolle. Die geschäftsführende Regierung sollte es nicht auf einen offenen Konflikt mit dem Landtag ankommen lassen.

Kultusminister Dr. Basille bezeichnete die Auffassungen des Abg. Keil als unrichtig. Die Regierung habe das Recht, weitere Ausgaben der Gemeinden, gegenwärtig und künftige, zu verbieten. Die Regierung wolle dabei keinen Konflikt mit dem Landtag.

Nach weiteren parteipolitischen Auseinandersetzungen, an denen sich die Abg. Rurr, Dr. Wider, Ulrich, Henmann und Bock beteiligten, erklärte Finanzminister Dr. Dehlinger, daß der Ausschuss von Oberregierungsrat Durr im Staatsanzeiger über die Kosten der Volksschule eine Privatarbeit sei. Abg. Häcker (B.B.) forderte, daß in Gemeinden mit einer Umlage von mehr als 22 Prozent keine erhöhte Bürgersteuer eingeführt werden dürfe. Die politische Aussprache wurde dann geschlossen, die Abstimmungen werden am Samstag vorgenommen, dann wird sich der Landtag bis nach den Reichstagswahlen vertagen.

Handel und Verkehr

Wirtschaft

Jedes vierte englische Schiff liegt still. Auch die englische Handelsflotte ist von der Wirtschaftskrise schwer getroffen. In der englischen Schiffahrtskammer wurde mitgeteilt, daß der ungenutzte liegende Schiffstrom in den letzten sechs Monaten um fast 600 000 Tonnen angewachsen sei und daß jetzt etwa jedes vierte Schiff der englischen Handelsflotte still liege.

Getreide

Berliner Produktenbörse vom 14. Okt. Weizen märk. 199—201. Roggen märk. 156—158. Braugerste 175—185. Futter- und Industrieernte 167—174. Hafer märk. 134—139. Weizenmehl 25 bis 28.50. Roggenmehl 20.30—22.50. Weizenkleie 9.40—9.75. Roggenkleie 8.40—8.80. Biskuitgerbden 22—26. Kleine Seifeerben 20 bis 23. Futtermehle 14—17 RM. Allasmeine Tendenz: rubia.

Märkte

Freiburger Rugsiechmarkt vom 13. Okt. Zufuhr: 3 Farcen, 25 Ochsen, 63 Kühe, 26 Kalbinnen, 22 Rinder. Preise: Ochsen 220 bis 420. Kühe 150—350. Kalbinnen 250—400. Rinder 100—180 RM. Verkehr mittelmäßig, verkauft fast ein Drittel.

Obstmärkte

Kottenburg, 13. Oktober. Auf dem gutbefahrenen Markt ist die Preise bei geringer Nachfrage etwas zurückgegangen. Für Birnen wurden 4.80—5.00 A pro Zentner bezahlt. Äpfel kosteten 5.50—5.60 A. Das Schnoböl konnte nicht alles abgesetzt werden.

Letzte Nachrichten

Drei Reden Hitlers in Borken

Borken, 15. Oktober. In drei nationalsozialistischen Versammlungen sprach gestern abend Adolf Hitler. Er führte u. a. in Bezug auf das Papen'sche Wirtschaftsprogramm aus, von einer Besserung der Arbeitslosenlage sei noch nichts zu merken. Wenn bürgerliche Politiker — so erklärte Hitler — meinten, die bürgerlichen Parteien müßten wieder zur Macht kommen, so könne man dazu nur sagen: „Herr, vergib' ihnen“. In der deutschen Geschichte sei bisher noch nie eine Masse von 14 Millionen geeint gewesen, wie jetzt im Nationalsozialismus. Wie die Kommunisten in Rußland und die Faschisten in Italien müßten die Nationalsozialisten in Deutschland eine neue Ordnung schaffen.

Ermittlungsverfahren gegen den früheren preussischen Finanzminister Klepper eröffnet

Berlin, 15. Oktober. Der Generalstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft I in Berlin hat, Blättermeldungen zufolge, gestern nachmittags gegen den früheren preussischen Finanzminister Dr. Klepper, der, wie gemeldet, im Untersuchungsausschuß des Landtags der Korruption während seiner Tätigkeit als Leiter der Preußenkasse beschuldigt wurde, das Ermittlungsverfahren eröffnet und die Prüfung der Akten angeordnet. Die Bearbeitung ist dem Oberstaatsanwalt Lang übertragen worden.

Furchtbare Heuschreckenplage in Argentinien

Buenos Aires, 14. Oktober. Die Heuschreckenplage in Argentinien hat geradezu riesigen Umfang angenommen. Seit drei Tagen kommen dicke Schwärme aus den Nordprovinzen, die die Hauptstadt bereits erreicht haben. Die Landwirtschaft ist schwer betroffen. Nach amtlicher Schätzung sind 700 000 Hektar Weizen und Weizen vernichtet.

Gestorben

Wittensweiler: Elisabeth Kaiser Witwe, geb. Kubler, 66 Jahre alt.

Wetter für Sonntag

Die Depression im Nordwesten kommt zur Geltung. Für Sonntag ist höchstens aufheiterndes, sonst unbefriedigendes Wetter bei starken westlichen Winden zu erwarten.

Flechtviehzucht-Verein Calw

Am Kirchweihmontag, den 17. Oktober ds. Js., findet vormittags 9 Uhr in Reubulach

Jungviehprämierung

statt, wozu die Mitglieder des Vereins, Landwirte und Interessenten freundlichst eingeladen werden.

Der Vereinsvorstand: Pfeiff.

Die Anzahlung an Kriegshinterbliebene, Kleinrentner und Sozialrentner

für Oktober findet in Pöhlgrafenweiler am Montag, den 17. Oktober 1932 vorm. 8—10 Uhr auf dem Rathaus statt.

Freudenstadt, 13. Okt. 1932.

Bezirkswohlfahrtsamt: Pfeiffer.

Damen-Winter-Mäntel

Mädchen- und Kinder-Mäntel

sind in großer Auswahl am Lager

Gute Stoffe, beste Verarbeitung, niedriger Preis

Reinhold Hayer.



Die modernsten
Herbst-Neuheiten
 in
Damen- u. Kindermänteln
Kleidern u. Kleiderstoffen
 in Wolle und Seide
 sowie in
flotter Strickkleidung
 finden Sie billigst bei
Chr. Krauss

Altensteig.

Empfehle mein gut sortiertes Lager in:

Cigarren in sämtlichen Preislagen von 8—25 ₤
 Schweizerstumpfen, Burger, rund und gepreßt Stück 10 ₤
 Cigarillos „Burger Call“ 5 Stück-Packung 20 ₤ Berkt.
 Cigarillos mit und ohne Kork von 5—10 Berkt.

Cigaretten: Lomb Berkt. 4 Stück 10 ₤
 Salem, Oberst, Club, Trommler, Berkt. 6 Stück 20 ₤
 Salem Nr. 4 und Bergmann Nr. 6 Berkt. 5 Stück 20 ₤
 Ova, Kurmark, Steipner, Sturm 10 Stück 50 ₤
 Wihah, Manoli, 3. Sorte, Mercedes 10 Stück 60 ₤

Tabake: Grob, Mittel und Feinschnitte der führenden Firmen.

für Wiederverkäufer und Birte zu Original-Fabrik-Preisen.

bei **Chr. Burghard jr.**

Schnellkursus für moderne Tänze

(Rumba, Quicstep, English Walz, Zango)

Nur für Fortgeschrittene, beginnt am Donnerstags, 27. Oktober im Gasthof zum „Grünen Baum“ abends 8 Uhr unter Leitung von Alice Wilmann, Tanzlehrerin, Stuttgart, Bismarckstr. 66 Mitglied des Allgem. deutschen Tanzlehrer-Verbandes, Sitz Berlin, Akademie deutscher Tanzlehrer.

Altensteig.

Heute Samstag u. Sonntag

Mehlsuppe

nebst gutem Stoff

Es ladet freundlichst ein

Jakob Schwarz, Bäcker und Wirt.



Ettmannsweiler
 Morgen Kirchweih-Sonntag
Mehlsuppe
 mit bekannten prima neuen und alten Weinen.
 Gleichzeitig findet
musikalische Unterhaltung
 statt.
 Hierzu ladet freundlichst ein
Christian Faist und Frau
Grüner Baum

Altensteig.
Todes-Anzeige.



Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß meine liebe Gattin, unsere gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Frau Luise Oehler

heute früh nach langer Krankheit im Alter von 66 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Matthäus Oehler
 Die Söhne Karl mit Familie
 Josef mit Frau, Konstanz

Beerdigung Sonntag nachmittag 1/2 2 Uhr auf dem Waldfriedhof.

Gemeinschafts-Konferenz.

am Kirchweihmontag, nachmittags 2 Uhr in der Kirche in Pfalzgrafenweiler. Jedermann willkommen.

Auf!

Auf!

Am Sonntag den 16. Oktober nach Göttingen zum

Kirchweih-Tanz

im „Traubensaal“ mit guter Jazzmusik, verbunden mit Ringscholtern und Preistanzen.

Es ladet freundlichst ein

F. U. Union, Göttingen.

Turnverein Altensteig.

Morgen Verbands-
Handball

D. Altensteig II / D. Halterbach

Beginn 2 Uhr.

Jedermann freil. eingeladen.

Bettfedern

das Pfd. schon von 41.-- an

Ferner gute u. erstklassige

Federn

zum Preise von 2,50, 3.--

4,50, 5.-- 6.--

Christiane Schmidt.

Altensteig.

Sommerliche

3 Zimmer-Wohnung

mit Zubehör hat auf 1. Januar zu vermieten.

Maifensbacher.

Egenhausen.

Nehme über den Winter

Näh-Mädchen

J. Kagerer.

Altensteig

Wäsche, Kleider, sowie Mäntel und Kostüme erhalten Sie flott und billig angefertigt.

Anleitung zum Selbstfertigen

wird gegeben in

Tages- und Abendkursen

Maria Großmann
 Damenschneiderin
 Hohenbergstraße 512

Pergamentpapier

empfiehlt die

Buchhandlung Lauf
 Altensteig und Nagold.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelischer Gottesdienst

21. Sonntag n. Dr., 16. Okt. Kirchweihfest, Vormittagsgottesdienst um 1/2 10 Uhr mit Predigt über Hebr. 13, B. 7—9: Ein Gedenktag. Lied 89, 247.

Opfer für das Gemeindehaus. Der Kindergottesdienst fällt aus. Vormittags 8 Uhr Christenlehre mit den Töchtern. Abends 8 Uhr Gemeinschaftsstunde.

Die Bibelstunde fällt am Dienstag aus.

Methodistengemeinde.

Sonntag, den 16. Okt. vormittags 9 1/2 Uhr Predigt vormittags 10 3/4 Uhr Sonntagsschule.

Abends 7 1/2 Uhr Predigt. Mittwoch, den 19. Oktober abends 8 Uhr Bibel- und Gebetsversammlung.



Millionen werktätiger Menschen

stehen in gleichem Geiste zusammen.

Ihr Gelöbniß:

Treue dem Konsumverein, der Genossenschaftsidee.

Ihr Wille:

Eine Wirtschaftsweise, die ohne Eigennutz dem Ganzen dient.

Ihre Leistung:

Die Versorgung aller durch einen eigenen Wirtschaftsapparat, die **Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H.**

Diese erstreckt mit ihren 50 Fabrikations- und Veredlungsbetrieben und 14 großen Lagerhäusern ihre Wirksamkeit schon über ganz Deutschland.

Der Kampf der Millionen gilt der Idee des wirtschaftlichen Fortschritts auf dem Wege zur Gemeinwirtschaft.

Daher nur GEG-Eigenfabrikate

Erhältlich nur im

Konsum- und Sparverein Nagold u. Umgeg. e. G. m. b. H.

